

D 90 — 2764

12. JULI 1990. — Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Festlegung der Bedingungen, für die finanzielle Beteiligung an den Funktionskosten der Tagesmütterdienste

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekrets vom 9. Mai 1988 zur Schaffung eines Kinderhilfsfonds, zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des Nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Beherbergung von Kindern unter 7 Jahren, abgeändert am 7. Mai 1990;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, wie er abgeändert wurde;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß die Erstellung eines grundlegenden Regelwerks zur Bezuschussung der Tagesmütterdienste keinen Aufschub duldet;

Aufgrund des Einverständnisses des Vorsitzenden vom 12. Juli 1990 zuständig für den Haushalt;

Auf Vorschlag des Ministers für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,

Beschliesst:

KAPITEL 1. — Allgemeines

Artikel 1. Im Sinne dieses Erlasses entspricht die Bezeichnung « Tagesmütterdienst » dem von einer untergeordneten Behörde, einer Vereinigung untergeordneter Behörden, einer Vereinigung ohne Erwerbzzweck oder gemeinnützigen Einrichtungen, wie sie im Gesetz vom 27. Juni 1921 vorgesehen sind, einem organisierten Dienst, der die Betreuung von Kindern unter 7 Jahren bei den Tagesmüttern zu Hause gewährleistet.

Art. 2. Die in Artikel 1 aufgeführten Träger müssen zur Anerkennung einen begründeten Antrag beim zuständigen Gemeinschaftsminister, hiernach « Minister » genannt, einreichen, aus dem die Notwendigkeit der Einrichtung eines Tagesmütterdienstes hervorgeht.

Die Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Dienst für Kind und Familie, im weiteren DKF genannt, gibt ein Gutachten ab auf Grundlage der bestehenden Bedürfnisse unter Berücksichtigung der geographischen, demographischen und sozio-ökonomischen Gegebenheiten.

KAPITEL 2. — Anerkennung und Aufgabenstellung

Art. 3. § 1. Die Tagesmütterdienste, in der Folge als « Dienste » bezeichnet, übernehmen die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren.

Die Dienste gewährleisten die Betreuung während mindestens 10 Stunden pro Tag und 220 Arbeitstagen pro Kalenderjahr.

Sie gewährleisten diese Aufgabe durch die Mitarbeit von für den Dienst tätigen Personen, genannt Tagesmütter bzw. Tagesväter.

§ 2. Die Dienste gewährleisten die Betreuung von Kindern zwischen 3 bis 7 Jahren während und außerhalb der Schulzeit, während der Schulferien unter Beachtung der Schulpflicht.

Oben genannte Betreuung darf jedoch nicht zu einer Verweigerung von Kindern unter drei Jahren führen; außerdem muß den Familien Vorrang gegeben werden, deren Kinder unter drei Jahren bereits bei der Tagesmutter untergebracht sind oder vor ihrem dritten Lebensjahr untergebracht waren.

Der Dienst kann die Tagesmutter nicht zur außerschulischen Betreuung verpflichten.

§ 3. Die Dienste können in spezifischen Situationen und in Nottfällen auch die Betreuung von Kindern während der Nacht oder an Samstagen, Sonn- und Feiertagen gewährleisten.

Art. 4. § 1. Die Dienste nehmen vorrangig die Kinder auf,

— deren Eltern berufstätig sind;

— deren Eltern aus materiellen Gründen oder aufgrund ihrer Lebensbedingungen die Betreuung nicht gewährleisten können;

— deren Eltern das Mindesteinkommen beziehen.

§ 2. Die Dienste müssen auch leicht erkrankte Kinder aufnehmen, insofern das erkrankte Kind keine Gefahr für die anderen von der Tagesmutter betreuten Kinder darstellt.

Der Tagesmütterdienst kann im Zweifelsfalle ein medizinisches Attest bei den Eltern anfragen und den DKF zu Rate ziehen.

§ 3. Die Dienste müssen sich kontinuierlich über die genauen Lebensumstände, die Verhaltensweise, Gesundheit, Ernährung des Kindes in Zusammenarbeit mit den Eltern informieren.

Art. 5. Die Dienste gewährleisten die sozialmedizinische Betreuung der Kinder gemäß den durch den DKF festgelegten Richtlinien.

Art. 6. § 1. Die Anerkennung der Dienste erfolgt für eine bestimmte Anzahl Tagesmütter.

Diese wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel und aufgrund eines Gutachtens des DKF vom zuständigen Gemeinschaftsminister festgelegt; sie beträgt mindestens 10.

Der Dienst muß für die Ausdehnung der Anzahl Tagesmütter einen begründeten Antrag einreichen.

§ 2. Die Dienste müssen Tagesmütter beschäftigen, die nachstehende Bedingungen erfüllen:

1. mindestens 21 und höchstens 65 Jahre alt sein;

2. keine berufliche Tätigkeit ausüben, nicht im Handelsregister eingetragen sein, keine Arbeitslosenunterstützung oder Geld aufgrund einer Laufbahnunterbrechung beziehen;

3. ein für eine öffentliche Verwaltung bestimmtes Leumundszeugnis der Personen vorlegen, die älter als 18 Jahre sind und die dem Haushalt angehören und/oder regelmäßigen Kontakt zu den zu betreuenden Kindern haben werden;

4. jährlich nach den Bestimmungen, die der DKF laut Auftrag des zuständigen Ministers festgelegt hat, den Beweis erbringen, daß sie und alle, die zu ihrem Haushalt gehörenden Personen und/oder die Personen, die regelmäßig Kontakt zu den zu betreuenden Kindern haben werden, an keiner ansteckenden Lungenkrankheit leiden;

5. ausser bei einer gebührend vom Arzt begründeten Gegenanzeige den Beweis erbringen, dass sie selbst, wenn sie das 45. Lebensjahr nicht erreicht haben, und die weiblichen Mitglieder ihrer Familie oder diejenigen, die häufigen Kontakt mit den zu betreuenden Kindern haben werden und im gebärfähigen Alter sind, gegen Röteln immunisiert sind;

6. den Beweis erbringen, daß ihre eigenen Kinder unter 7 Jahren die Impfungen entsprechend den Richtlinien des DKF erhalten haben;

7. ein günstiges Gutachten des Arztes und der Krankenpflieger der von der Exekutive anerkannten oder geschaffenen Säuglings- und Kleinkindvorsorgeuntersuchungs- und beratungsstelle erhalten haben, die ihre Tätigkeit innerhalb der Gemeinde ausübt, in der die Tagesmutter ihren Wohnsitz hat, und bei der sie mit den von ihr betreuten Kindern vorstellig werden muß.

§ 3. Zusätzlich zu den in § 2 erwähnten Bedingungen müssen die Dienste:

1. von einem von ihnen beschäftigten Sozialarbeiter oder graduierten Sozialkrankpflieger ein Gutachten bezüglich der Tagesmutter erstellen lassen, in dem Kriterien wie die erzieherische Kompetenz, die Persönlichkeitsstruktur der Tagesmutter, die Hygieneverhältnisse und die räumlichen Betreuungsmöglichkeiten sowie die Bereitschaft, mit dem Dienst zusammenzuarbeiten, berücksichtigt werden;

2. den Text der vertraglichen Beziehungen zwischen Dienst und Tagesmutter dem DKF zur Genehmigung vorlegen;

3. eine Kopie jedes unterschriebenen Vertrages zwischen Dienst und Tagesmutter, dessen Änderungen, Auflösung oder Kündigung dem DKF unverzüglich zustellen;

4. nur Tagesmütter einsetzen, die eine Erlaubnis vom Bürgermeister- und Schöffenkollegium der Wohngemeinde erhalten haben.

§ 4. Die Entlassung einer Tagesmutter aus der vertraglichen Beziehung mit dem Dienst bedarf des Gutachtens des DKF.

§ 5. Die Dienste müssen gewährleisten, daß:

1. höchstens 3 Kinder unter 3 Jahren bei einer Tagesmutter gleichzeitig betreut werden, wobei der Dienst hierfür Ausnahmen gestatten kann, so daß maximal 5 Kinder unter 3 Jahren gleichzeitig betreut werden können und die eigenen Kinder der Tagesmutter im betreffenden Alter in der maximalen Betreuungskapazität mitgerechnet werden;

2. eine Tagesmutter an nicht mehr als umgerechnet 75 Tagen pro Monat Kinder betreuen darf und Ausnahmen hierzu nur mit günstigem Gutachten des DKF erlaubt sind.

Art. 7. Die Dienste müssen:

1. die psycho-soziale Begleitung der Tagesmütter gewährleisten;

2. die Kontinuität der Betreuung beim zeitweiligen Ausfall einer Tagesmutter gewährleisten;

3. für eine ständige psycho-soziale Begleitung der in Obhut gegebenen Kinder sorgen in bezug auf die Entfaltung, die Erziehung und die Gesundheit;

4. über ein Sekretariat verfügen, das imstande ist, die Anträge auf Betreuung entgegenzunehmen und ihnen unverzüglich Folge zu leisten;

5. die zur Betreuung von Kleinkindern erforderliche Ausstattung zur Verfügung stellen;

6. eine Haftpflichtversicherung zugunsten der Tagesmütter abschließen.

Art. 8. Die Dienste müssen für eine Ausbildung der Tagesmutter sorgen.

Jede Tagesmutter muß während 15 Stunden pro Jahr an einer Weiterbildung teilnehmen. Diese Weiterbildung erstreckt sich sowohl über Themen der Gesundheitserziehung als auch über Psychologie und allgemeine Erziehung des Kindes.

Die Themen der Referate müssen vom DKF überprüft und für gut befunden sein. Der Dienst reicht zu diesem Zweck vor Beginn eines Semesters ein Programm mit den geplanten Weiterbildungsveranstaltungen ein.

Art. 9. Die Dienste entschädigen die Tagesmütter mindestens zum Tagessatz von 450,— BF zum Angelindex von 140,77 am 01.01.1990.

Wenn der Durchschnittswert des Index der Verbraucherpreise der letzten 4 Monate den Angelindex überschreitet, erfolgt die Anpassung der Beträge im darauffolgenden Monat.

KAPITEL 3. — Personal

Art. 10. Die Dienste müssen über mindestens eine (einen) graduierte (graduierten) Sozialkrankpfliegerin (Sozialkrankpflieger) oder graduierte (graduierten) Sozialassistentin (Sozialassistenten) verfügen, die (der) vorrangig mit der Supervision und der Ausbildung der Tagesmütter beauftragt sind.

KAPITEL 4. — Gewährung von Zuschüssen

Art. 11. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel gewährt die Exekutive Zuschüsse für die Personalkosten, die Betreuungskosten, die verwaltungstechnischen Kosten und die Weiterbildungskosten.

Art. 12. § 1. Die Personalkosten der Sozialassistenten oder graduierten Sozialkrankpflieger werden aufgrund der anerkannten Anzahl Tagesmütter gemäß der folgenden Tabelle bezuschußt:

Beschäftigungsplan	Mindestanzahl	
	der Tagesmütter	der in Obhut genommenen Kinder unter 3 Jahren
1. Halzeitbeschäftigung	10	8
2. Beschäftigung zu 3/4 der Zeit	15	19
3. Vollzeitbeschäftigung	20	30
4. Zusätzliche 1/4 Beschäftigung	5	10

§ 3. Zur Deckung der Gehaltskosten des Sozialassistenten oder des graduierten Sozialkrankenpflegers und der Sekretariatskraft wird ein Pauschalzuschuß gewährt.

Grundlage der Berechnung ist für die Sozialassistenten bzw. Sozialkrankenpfleger die Gehaltsskala eines Sozialassistenten, für die Sekretariatskraft die Gehaltsskala eines Kommis-Daktylographen, wie sie für die Beamten der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft jeweils gültig sind, einschließlich den in diesem Rahmen vorgesehenen Erhöhungen nach Dienstalter.

Der Pauschalbetrag entspricht dem Durchschnitt des Bruttogehaltes in den Grenzen der im vorigen Absatz beschriebenen Grundlage, zuzüglich Arbeitgeberanteil. Dieser Durchschnitt wird auf Zeitspannen von je 5 Jahren Dienstalter berechnet.

Für die Berechnung des Zuschusses werden als Dienstalter bei Dienstantritt für Sozialassistenten oder graduierten Sozialkrankenpfleger die bei Tagesmütterdiensten und im Kinderbereich geleisteten Dienste voll einberechnet, bei anderen vorherigen Tätigkeitsbereichen wird das Dienstalter zur Hälfte anerkannt.

Für die Sekretariatskraft wird das Dienstalter bei Dienstantritt nicht berücksichtigt.

Bei Abwesenheit des Sozialarbeiters, der graduierten Sozialkrankenpflegerin oder der Sekretariatskraft wegen Krankheit, Unfall oder Schwangerschaftsurlaub wird der Pauschalzuschuß für diese Person höchstens während der ersten dreißig Tage der Abwesenheit gewährt und für seinen Ersatzkandidaten während der gesamten Dauer der Abwesenheit.

§ 4. Für die Fahrtkosten eines vollzeitigen Sozialassistenten oder graduierten Sozialkrankenpflegers wird eine Pauschalsumme von 1798,— BF pro Monat, zum Angelindex von 140,77 am 01.01.1990 gewährt.

Die Anpassung an die Entwicklung des Indexes der Verbraucherpreise erfolgt wie in Artikel 9, Absatz 2, vorgesehen.

Bei Teilzeitbeschäftigten erfolgt die Bezuschussung proportional zur Beschäftigungsdauer.

Art. 13. § 1. Für die Betreuungskosten erhalten die Dienste einen Zuschuss, der der Differenz zwischen der in Artikel 9 beschriebenen Mindestentschädigung und der Eigenbeteiligung der Eltern entspricht, gemäß der Tabelle in Anlage 1. Der Minister kann diese Tabelle anpassen.

Dieser Zuschuß wird proportional zur Zeit der Anwesenheit des Kindes berechnet, wobei eine Anwesenheit von weniger als 5 Stunden pro Tag für die Hälfte und eine Anwesenheit von mehr als 5 Stunden pro Tag für eine ganztägige Anwesenheit gilt.

Für Kinder zwischen 3 und 7 Jahren wird eine Anwesenheit von weniger als 3 Stunden pro Tag zu 1/3 einer ganztägigen Anwesenheit berechnet.

§ 2. Die Dienste können einen zusätzlichen Zuschuß von 50 % der in Artikel 9 beschriebenen Mindestentschädigung für die Betreuung von behinderten Kindern erhalten, die besonderer Pflege, intensiverer Betreuung und Zuwendung bedürfen.

Zu diesem Zweck reichen die Dienste einen individuellen Antrag beim DKF ein, dem ein Gutachten einer spezialisierten Institution oder eines Facharztes oder gegebenenfalls ein Sozialbericht beigelegt ist.

Der zuständige Minister befindet über die Anfrage nach Gutachten des DKF.

Art. 14. Für verwaltungstechnische Kosten gewährt die Exekutive einen Zuschuß von 30,— BF pro Tag pro Kind zum Angelindex von 140,77 am 01.01.1990.

Die Anpassungen der Entwicklung des Indexes der Verbraucherpreise erfolgen wie in Artikel 9, Absatz 2, vorgesehen.

Für jeden anerkannten Dienst wird ein einmaliger Einrichtungszuschuß von 100 000,— BF gewährt.

Art. 15. Die Zuschüsse werden vierteljährlich nach Ablauf des Trimesters auf Vorlage der Belegstücke ausbezahlt.

Art. 16. Die Dienste können eine Anfrage auf einen rückzahlbaren Vorschuß einreichen, über die der Minister nach Gutachten des DKF entscheidet.

Der maximal ausgezahlte Vorschuß entspricht 80 % des Gesamtzuschusses des vorhergehenden Trimesters.

Art. 17. Für die Teilnahme an den Weiterbildungen erhalten die Dienste pro Tagesmutter eine Jahrespauschale von 1 000,— BF.

Um in den Genuß dieser Zahlung zu kommen, muß der Dienst am Ende des Jahres dem DKF eine Anwesenheitsliste vorlegen, aus der hervorgeht, daß die Tagesmutter an den Weiterbildungen teilgenommen hat.

Die Dienste zahlen diese Pauschale den Tagesmüttern aus.

Als Zuschuß für die Organisation der in Artikel 8' erwähnten Weiterbildungen erhält der Dienst auf Grundlage von Belegen eine Jahrespauschale von höchstens 50 000,— BF.

Art. 18. Die Dienste verlangen für die Betreuung der Kinder eine finanzielle Beteiligung der Eltern, gemäß der Tabelle in Anlage 1. Der Minister kann diese Tabelle anpassen.

Werden die Kinder auf Veranlassung von Behörden vom Tagesmütterdienst betreut, legt der zuständige Minister eine besondere Eigenbeteiligung fest.

Art. 19. Die Dienste müssen :

1. einen ständigen Informationsaustausch Eltern — Dienst gewährleisten, wobei die Eltern außerdem alle erforderlichen Informationen erhalten sollen in bezug auf die Arbeitsweise des Dienstes;

2. die Tagesmutter verpflichten, wenn es von den Eltern verlangt wird, für jedes von ihr betreute Kind ein Tagebuch zu führen, das den Eltern nach einem vereinbarten Rhythmus überreicht wird und die Eltern an den Erziehungsaufgaben der Tagesmütter beteiligt.

KAPITEL 5. — Kontrolle

Art. 20. § 1. Die gemäß vorliegendem Erlaß bezuschussten Dienste müssen dem DKF vierteljährlich ihre Rechenlegung zukommen lassen.

Insofern es erforderlich ist, haben die mit der Prüfung beauftragten Beamten Zutritt zu den Räumen des Zentrums und haben das Recht, an Ort und Stelle alle Belege zu kontrollieren.

§ 2. Alle Anträge auf Unterbringung von Kindern werden vom Dienst aufgelistet und unmittelbar bearbeitet.

Wenn einem Antrag aus irgendeinem Grunde nicht stattgegeben wird, erstellt der Dienst einen begründeten Bericht, der dem DKF oder dem zuständigen Minister übermittelt wird.

KAPITEL 6. — *Aufhebung der Anerkennung*

Art. 21. Wenn ein Dienst den Anerkennungsbedingungen oder der Aufgabenstellung nicht entspricht, kann der Minister nach Gutachten des DKF die Anerkennung durch begründete Entscheidung entziehen.

Unter den gleichen Voraussetzungen kann er die Bezuschussung einstellen oder aussetzen.

KAPITEL 7. — *Aufhebungs- und Schlußbestimmungen*

Art. 22. Der Königliche Erlaß vom 18. August 1975 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen sich der Staat finanziell an den Funktionskosten der vom Nationalen Kinderhilfswerk anerkannten Tagesmütterdienste beteiligt, ist für die Deutschsprachige Gemeinschaft aufgehoben.

Art. 23. Vorliegender Erlaß tritt ab dem 1. Juli 1990 in Kraft.

Eupen, den 12. Juli 1990.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Vorsitzende der Exekutive,

J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,

M. GROSCH

Anlage 1

Zum Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Festlegung der Bedingungen für die finanzielle Beteiligung an den Funktionskosten der Tagesmütterdienste

Tarifsatz der finanziellen Beteiligung der Eltern an den Aufenthaltskosten der Kinder, die bei den vom zuständigen Gemeinschaftsminister anerkannten Tagesmütterdiensten untergebracht sind

1. Die Unkostenbeteiligung ist wie folgt festgelegt:

Kumulierte Nettoeinkünfte der Ehepartner oder der in eheähnlicher Gemein- schaft lebenden Partner (oder des Alleinerziehers)	Beteiligung pro Tag			Kumulierte Nettoeinkünfte der Ehepartner oder der in eheähnlicher Gemein- schaft lebenden Partner (oder des Alleinerziehers)	Beteiligung pro Tag		
	100 %	70 %	50 %		100 %	70 %	50 %
— 20 099	50	50	50	56 000 — 56 999	311	218	156
20 100 — 20 999	77	54	50	57 000 — 57 999	318	221	158
21 000 — 21 999	91	64	50	58 000 — 58 999	322	225	161
22 000 — 22 999	107	75	54	59 000 — 59 999	327	229	164
23 000 — 23 999	123	86	62	60 000 — 60 999	333	233	167
27 000 — 27 999	151	106	76	61 000 — 61 999	338	237	169
28 000 — 28 999	157	110	79	62 000 — 62 999	344	241	172
29 000 — 29 999	162	113	81	63 000 — 63 999	349	244	175
30 000 — 30 999	168	118	84	64 000 — 64 999	355	249	178
31 000 — 31 999	173	121	87	65 000 — 65 999	360	252	180
32 000 — 32 999	179	125	90	66 000 — 66 999	366	256	183
33 000 — 33 999	184	129	92	67 000 — 67 999	371	260	186
34 000 — 34 999	190	133	95	68 000 — 68 999	377	264	189
35 000 — 35 999	195	137	98	69 000 — 69 999	382	267	191
36 000 — 36 999	201	141	101	70 000 — 70 999	388	272	194
37 000 — 37 999	206	144	103	71 000 — 71 999	393	275	197
38 000 — 38 999	212	148	106	72 000 — 72 999	399	279	200
39 000 — 39 999	217	152	109	73 000 — 73 999	404	283	202
40 000 — 40 999	223	156	112	74 000 — 74 999	410	287	205
41 000 — 41 999	228	160	114	75 000 — 75 999	415	291	208
42 000 — 42 999	234	164	117				
43 000 — 43 999	239	167	120	76 000 — 76 999	421	295	211
44 000 — 44 999	245	172	123	77 000 — 77 999	426	298	213
45 000 — 45 999	250	175	125	78 000 — 78 999	433	303	217
				79 000 — 79 999	438	307	219
46 000 — 46 999	256	179	128	80 000 — 80 999	444	311	222
47 000 — 47 999	261	183	131				
48 000 — 48 999	267	187	134	81 000 — 81 999	450	315	225
52 000 — 52 999	289	202	145	82 000 — 82 999	455	319	228
53 000 — 53 999	294	206	147	83 000 — 83 999	461	323	231
54 000 — 54 999	300	210	150	84 000 — 84 999	466	326	233
55 000 — 55 999	305	214	153	85 000 — 85 999	472	330	236

Kumulierte monatliche Nettoeinkünfte der Ehepartner oder der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Partner (oder des Alleinerziehers)	Beteiligung pro Tag			Kumulierte monatliche Nettoeinkünfte der Ehepartner oder der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Partner (oder des Alleinerziehers)	Beteiligung pro Tag		
	100 %	70 %	50 %		100 %	70 %	50 %
				86 000 — 86 999	477	334	239
				87 000 — 87 999	483	338	242
				88 000 — 88 999	388	342	244
				89 000 — 89 999	494	346	247
				90 000 — 90 999	500	350	250
				91 000 — 91 999	505	354	253
				92 000 — 92 999	511	358	256
				93 000 — 93 999	516	361	258
				94 000 — 94 999	522	365	261
				95 000 — 95 999	527	369	264
				96 000 — 96 999	533	373	267
				97 000 — 97 999	538	377	269
				98 000 — 98 999	544	381	272
				99 000 — 99 999	549	384	275
				100 000 plus	555	389	278

Die Unkostenbeteiligung pro Tag darf sich keinesfalls auf weniger als 50,— BF belaufen (absoluter Mindestbetrag).

Die Unkostenbeteiligung pro Tag wird auf 555,— BF festgelegt, wenn die Eltern keinen Einkommensbeweis erbringen.

Die Unkostenbeteiligung der Behörde, die um eine Unterbringung bittet, ist auf 555,— BF pro Tag und pro Kind festgelegt.

Zusätzliche Erläuterungen.

Berechnungsgrundlage sind die kumulierten monatlichen Nettoeinkünfte des Haushaltes. Wenn ein Elternteil den Bestimmungen des Arbeitnehmerstatuts, des Angestelltenstatuts, des Statuts der öffentlichen Dienste oder gleichgestellter Dienste unterliegt und der andere Elternteil den Bestimmungen eines anderen Statuts, dann entsprechen die monatlichen Nettoeinkünfte des Haushaltes der Summe der monatlichen Nettoeinkünfte der Elternteile, die gemäß dem Statut, das auf sie Anwendung findet, berechnet wurden.

a) von 135,— BF bis 555,— BF wird die Unkostenbeteiligung der Eltern wie folgt festgelegt:

$$\frac{\text{kumulierte monatliche Nettoeinkünfte des Haushalts} \times 11 \%}{20 \text{ Werktage}}$$

(arithmetischer Durchschnitt pro Tranche von 1 000,— BF)

von 77,— BF bis 123,— BF: progressive Auswirkung auf die Einkünfte von 7,5 % — 10,5 %;

ab 100 00,— BF kumulierte monatliche Nettoeinkünfte des Haushalts ist die Unkostenbeteiligung der Eltern auf 555,— BF begrenzt;

b) die für die Berechnung des täglichen Unkostenbeitrages in Betracht zu ziehenden kumulierten monatlichen Nettoeinkünfte des Haushaltes sind die des Monats November 1989. In dem Falle, wo die Einkünfte des Monats November gleich null oder aber nicht repräsentativ wären (für einen oder beide Elternteile), sind die Einkünfte zu berücksichtigen, die während des ersten Monats der Unterbringung im Jahre 1990 bezogen werden.

Die Elternteile, die den Bestimmungen des Arbeitnehmerstatuts, des Angestelltenstatuts, des Statuts der öffentlichen Dienste oder gleichgestellter Dienste unterliegen, müssen ein Formular, das ihnen vom Tagesmütterdienst zugestellt wird, von ihrem Arbeitgeber ausfüllen lassen.

Die Eltern, die den Bestimmungen eines anderen Statuts unterliegen, müssen den letzten Steuerbescheid — Auszug aus der Heberolle über die Steuer der natürlichen Personen, d.h. von 1989 (Einkünfte des Jahres 1988) vorlegen.

Wenn die Eltern diesen Steuerbescheid — Auszug aus der Heberolle zum Zeitpunkt der Einschreibung noch nicht erhalten haben, kann man sich auf den Steuerbescheid — Auszug aus der Heberolle 1988 (Einkünfte des Jahres 1987) beziehen und je nach Fall eine der beiden folgenden Umwandlungsformeln anwenden:

$$1. \text{ Steuerbescheid — Auszug aus der Heberolle 1989 (Einkünfte des Jahres 1988): } \frac{A}{13,66} \times 1,1042$$

A = kumulierte steuerbare Nettajahreseinkünfte des Haushaltes für 1988 (so wie sie auf dem Steuerbescheid — Auszug aus der Heberolle 1989 angegeben sind);

13,66 = Koeffizient zur Umwandlung der kumulierten steuerbaren Nettajahreseinkünfte in kumulierte monatliche Nettoeinkünfte;

1,1042 = Indexkoeffizient unter Berücksichtigung des Indexes der Verbraucherpreise.

$$2. \text{ Steuerbescheid — Auszug aus der Heberolle 1988 (Einkünfte des Jahres 1987): } \frac{A}{13,29} \times 1,1042$$

A = kumulierte steuerbare Jahreseinkünfte des Haushaltes für 1987 (so wie sie auf dem Steuerbescheid — Auszug aus der Heberolle 1988 angegeben sind);

13,29 = Koeffizient zur Umwandlung der kumulierten steuerbaren Nettajahreseinkünfte in kumulierte monatliche Nettoeinkünfte;

1,1042 = Indexkoeffizient unter Berücksichtigung des Indexes der Verbraucherpreise.

c) Unter « Zu rechtfertigende Einkünfte » versteht man alle finanziellen Einnahmen der Ehepartner oder der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Partner sowie des Alleinerziehers; es sind unter anderen:

- die beruflichen Einkünfte;
- Sozialleistungen (Krankheit — Invalidität — Pensionen — Zulagen für Unfälle und Berufskrankheiten — Arbeitslosenunterstützung — Behindertenzulage);
- Milizzulagen;
- Studienbeihilfen;
- garantierte Einkünfte — Mindesteinkommen — Unterstützung der ÖSHZ.

Bei der Festlegung der Vergleichseinkünfte werden weder die Kinderzulagen (gegebenenfalls von der Besoldung abzuziehen wenn sie darin einbegriffen sind) noch die Beteiligung, der öffentlichen Hand an den Unterhaltskosten des Kindes, das in einer Gastfamilie untergebracht ist, berücksichtigt (Art. 83bis des Steuergesetzbuches).

Falls Alimente bezogen werden, werden sie den Vergleichseinkünften beigelegt; sie werden abgezogen, wenn sie bezahlt werden. Die persönlichen Rückzahlungen dürfen nicht abgezogen werden.

d) In dem Falle, wo die finanzielle Beteiligung der Eltern aufgrund der besonderen finanziellen Lage der Familie für eine bestimmte Zeitdauer angepaßt wird, ist die vom Sozialarbeiter des Dienstes durchgeführte Untersuchung ausschlaggebend.

Jede Abweichung von vorliegendem Tarifsatz ist jedoch Gegenstand eines schriftlichen begründeten Berichtes. Die Abweichung vom Tarifsatz muß nach Gutachten des Dienstes für Kind und Familie vom zuständigen Gemeinschaftsminister gebilligt werden.

e) Die Einkommenserklärung des Haushaltes oder des alleinerziehenden Elternteils und die Einkommensbelege müssen bis zum Ende des laufenden Jahres aufbewahrt werden. Formulare zur Erstellung der Einkommenserklärung werden vom Tagesmütterdienst zugestellt.

2. Die in Punkt 1 festgelegte Unkostenbeteiligung deckt die Gesamtheit der Aufenthaltskosten mit Ausnahme der Kosten für Diätkost und Medikamente.

Die in vorliegendem Text erwähnten Einrichtungen und Dienste können von den Eltern eine finanzielle Beteiligung für Kleidung und Windeln verlangen.

3. Ist das Kind nur halbtags in den in vorliegendem Text erwähnten Einrichtungen und Diensten untergebracht, dann beläuft sich die Unkostenbeteiligung der Eltern auf 50 % des geschuldeten Betrages. Der Unkostenbeitrag darf jedoch in keinem Falle niedriger als 50,— BF sein (absoluter Mindestbetrag).

Unter Halbtagsunterbringung versteht man einen Aufenthalt, der 5 Stunden nicht übersteigt.

4. Wenn zwei Kinder einer Familie gleichzeitig dem in Punkt 1 festgelegten Tarifsatz unterliegen, dann wird der geschuldete Unkostenbeitrag pro Kind auf 70 % des normalen Unkostenbeitrages für die Ganz- oder Halbtagsunterbringung verringert. Eine nicht länger als zwei Wochen dauernde begründete Abwesenheit eines der beiden Kinder tut dieser Vergünstigung keinen Abbruch.

Der Sozialarbeiter überprüft die Gleichzeitigkeit der Unterbringung, wenn beide Kinder ein und derselben Einrichtung oder ein und demselben Dienst nicht gemeinsam anvertraut werden. Die Herabsetzung der Unkostenbeteiligung auf 70 % wird ebenfalls für jedes Kind der Familie gewährt, die drei Kinder oder mehr zu Lasten hat.

Der Unkostenbeitrag darf jedoch in keinem Falle niedriger als 50,— BF sein (absoluter Mindestbetrag).

5. Die Unkostenbeteiligung der Eltern kann Gegenstand einer Vorauszahlung oder eines Vorschusses sein.

6. Im Falle einer unbegründeten Abwesenheit eines eingeschriebenen Kindes kann eine Reservierungsgebühr verlangt werden, die zumindest dem Unkostenbeitrag von 50,— BF entspricht. Diese Gebühr wird jedoch auf 25 % des Betrages des normal geschuldeten Beitrages begrenzt.

7. Was die Grenzgänger anbetrifft, deren Einkünfte in einer ausländischen Währung angegeben sind, so erstellt der Dienst für Kind und Familie diesbezüglich eine erläuternde Notiz für die leitenden Beamten der Tagesmütterdienste.

Gesehen um dem Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Festlegung der Bedingungen für die finanzielle Beteiligung an den Funktionskosten der Tagesmütterdienste beigelegt zu werden.

Eupen, den 12. Juli 1990.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Vorsitzende der Exekutive,

J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,

M. GROSCH

TRADUCTION

F 90 — 2764

12 JUILLET 1990. — Arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone
fixant les conditions d'intervention financière
dans les frais de fonctionnement des services de gardiennes d'enfants à domicile

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone;

Vu le décret du 9 mai 1988 créant un Fonds pour l'Enfance, visant la reprise de certains membres du personnel de l'Œuvre Nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de sept ans, modifié le 7 mai 1990;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973 notamment l'article 3, § 1, tel qu'il a été modifié;

Vu l'urgence;

Considérant que l'établissement d'un règlement de base pour la subsidiation des services de gardiennes d'enfants à domicile ne souffre aucun délai;

Vu l'accord du Président, compétent en matière de budget, donné en date du 12 juillet 1990;

Sur proposition du Ministre de la Jeunesse, du Sport, de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,

Arrête :

CHAPITRE 1er. — Dispositions générales

Article 1er. Sont considérés, au sens de cet arrêté, comme services de gardiennes d'enfants à domicile les services organisés par un pouvoir subordonné, une association de pouvoirs subordonnés, une association sans but lucratif ou un organisme d'intérêt public, tels que repris dans la loi du 27 juin 1921, en vue d'assurer l'encadrement d'enfants de moins de sept ans chez des gardiennes d'enfants à domicile.

Art. 2. Les pouvoirs organisateurs cités à l'article 1 doivent, en vue de l'agrération, introduire auprès du ministre communautaire compétent, désigné ci-après « Ministre », une demande motivée dont il ressort qu'il est nécessaire de créer un service de gardiennes d'enfants à domicile.

L'Administration de la Communauté germanophone, « Dienst für Kind und Familie » désigné ci-après « DKF », émet un avis sur la base des besoins existants, en tenant compte des données géographiques, démographiques et socio-économiques.

CHAPITRE 2. — Agrération et missions

Art. 3. § 1. Les services de gardiennes d'enfants à domicile, désignés ci-après « services », prennent en charge l'encadrement d'enfants de moins de 3 ans.

Les services assurent l'encadrement pendant au moins 10 heures par jour et 220 jours ouvrables par année civile.

Ils assurant cette mission grâce à la collaboration de personnes occupées pour le service, appelées gardiennes ou gardiens d'enfants à domicile.

§ 2. Les services assurent l'encadrement d'enfants ayant de 3 à 7 ans en période scolaire ou en dehors, pendant les vacances scolaires tout en observation l'obligation scolaire.

Cet encadrement ne peut toutefois pas conduire au refus d'enfants de moins de trois ans; en outre, priorité doit être accordée aux familles dont les enfants de moins de trois ans sont déjà placés chez des gardiennes ou l'étaient dès avant leur troisième année.

Le service ne peut pas obliger les gardiennes à assurer un encadrement extrascolaire.

§ 3. Les services peuvent aussi assurer l'encadrement d'enfants rendant la nuit ou les samedis, dimanches et jours fériés lors de situations spécifiques ou en cas de nécessité.

Art. 4. § 1. Les services accueillent en priorité les enfants :

- dont les parents ont une activité professionnelle;
- dont les parents ne peuvent assurer l'encadrement pour des raisons matérielles ou en raison de leurs conditions de vie;
- dont les parents touchent le minimum.

§ 2. Les services doivent aussi accueillir les enfants légèrement malades, dans la mesure où l'enfant malade ne fait courir aucun risque aux autres enfants confiés à la gardienne.

En cas de doute, le service de gardiennes d'enfants à domicile peut demander aux parents un certificat médical et consulter le DKF.

§ 3. Les services doivent s'informer continuellement des réelles conditions de vie des enfants, de leur comportement, de leur santé et de leur alimentation, et ce, en collaboration avec les parents.

Art. 5. Les services assurent l'encadrement socio-médical des enfants conformément aux directives fixées par le DKF.

Art. 6. § 1. L'agrération des services a lieu pour un nombre déterminé de gardiennes.

Celui-ci est fixé, par le Ministre communautaire compétent, dans le cadre des crédits disponibles et sur avis du DKF; il est de 10 au minimum.

Pour accroître le nombre de gardiennes, le service doit introduire une demande motivée.

§ 2. Les services doivent occuper des gardiennes qui remplissent les conditions suivantes :

- 1° avoir 21 ans au moins et 65 ans au plus;
- 2° ne pas exercer d'activité professionnelle, ne pas être inscrites au registre de commerce, ne pas toucher d'allocation de chômage ou de pause carrière;
- 3° présenter un certificat de bonnes vie et mœurs destiné à une administration publique pour les personnes de plus de 18 ans qui font partie du ménage et/ou auront régulièrement des contacts avec les enfants à garder;
- 4° apporter chaque année la preuve, conformément aux dispositions fixées par le DKF chargé par le ministre compétent, que ni elles toute autre personne faisant partie du ménage ou qui aura régulièrement des contacts avec les enfants à garder ne souffrent d'affection pulmonaire contagieuse;
- 5° sauf en cas de contre-indication dûment motivée par un médecin, apporter la preuve qu'elles-mêmes, si elles n'ont pas atteint l'âge de 45 ans, et les membres féminins de leur famille ou ceux qui seront souvent en contact avec les enfants à garder et sont en âge de procréer, sont immunisés contre la rubéole;
- 6° apporter la preuve que leurs propres enfants de moins de 7 ans ont été vaccinés conformément aux directives du DKF;
- 7° avoir reçu un avis favorable du médecin et des infirmiers du bureau de consultation des nourrissons et enfants en bas âge agréé ou créé par l'Exécutif, bureau qui exerce ses activités dans la commune où est domiciliée la gardienne et auprès duquel elle doit se présenter avec les enfants qui lui sont confiés.

§ 3. En plus des conditions citées au § 2, les services doivent :

- 1° faire établir par un des travailleurs sociaux ou infirmiers gradués sociaux qu'ils occupent un avis relatif à la gardienne, tenant compte des critères tels que la compétence éducative, la structure de la personnalité de la gardienne, les conditions d'hygiène et les possibilités d'encadrement au niveau des locaux ainsi que la disposition que montre la gardienne à collaborer avec le service;
- 2° soumettre au DKF, pour approbation, le texte des rapports contractuels liant le service et la gardienne;
- 3° signifier immédiatement au DKF une copie de tout contrat conclu entre le service et une gardienne, de ses modifications, résiliation ou dénonciation;
- 4° n'engager que des gardiennes ayant obtenu l'autorisation du Collège des Bourgmestre et Echevins de la commune du domicile;

§ 4. L'affranchissement d'une gardienne de ses relations contractuelles avec le service est subordonné à l'avis du DKF.

§ 5. Les services doivent veiller à ce que :

1° trois enfants de moins de trois ans au plus soient confiés simultanément à une gardienne, le service pouvant toutefois permettre des exceptions de sorte que 5 enfants de moins de trois ans au plus puissent être encadrés et que les propres enfants de la gardienne répondant aux conditions d'âge soient compris dans la capacité maximale d'encadrement;

2° une gardienne ne puisse par mois encadrer des enfants pendant plus de 75 jours en valeur convertie et que des exceptions ne puissent être permises que sur avis favorable du DKF.

Art. 7. Les services doivent :

1° assurer la guidance psycho-sociale de la gardienne;

2° assurer la continuité de l'encadrement en cas de carence temporaire d'une gardienne;

3° veiller à une guidance psycho-sociale continue des enfants confiés à la gardienne, quant à leur épanouissement, leur éducation et leur santé;

4° disposer d'un secrétariat en mesure de répondre aux demandes d'encadrement et d'y donner suite immédiatement;

5° mettre à disposition l'équipement nécessaire à l'encadrement de jeunes enfants;

6° conclure une assurance en responsabilité civile en faveur des gardiennes d'enfants à domicile.

Art. 8. Les services doivent veiller à la formation des gardiennes d'enfants à domicile.

Chaque gardienne doit participer à une formation continue à raison de 15 heures par an. Cette formation continue a pour objet aussi bien des thèmes de l'éducation à l'hygiène que de la psychologie et de l'éducation générale de l'enfant.

Les thèmes des allocations doivent être examinés par le DKF et être approuvés par lui. A cette fin, le service introduit au début de chaque semestre un programme des activités prévues au niveau de la formation continue.

Art. 9. Les services indemnisent les gardiennes au moins au taux journalier de 450 FB à l'indice-pivot de 140,77 au 01.01.1990.

Lorsque la valeur moyenne de l'indice des prix à la consommation pour les 4 derniers mois dépasse l'indice-pivot, les montants sont adaptés le mois suivant.

CHAPITRE 3. — Personnel

Art. 10. Les services doivent disposer d'au moins un(e) infirmier (infirmière) gradué(e) social(e) ou d'un(e) assistant(e) social(e), chargés principalement de la supervision et de la formation des gardiennes d'enfants à domicile.

CHAPITRE 4. — Octroi de subsides

Art. 11. Dans les limites des crédits disponibles, l'Exécutif octroie des subsides pour les frais de personnel, les frais d'encadrement, les frais technico-administratifs et les frais de formation continue.

Art. 12. § 1. Les frais de personnel de l'assistant social ou de l'infirmier gradué social sont subsidiés en fonction du nombre agréé de gardiennes, conformément au tableau suivant :

Horaire	Nombre minimum	
	de gardiennes	d'enfants gardées de moins de 3 ans
1. mi-temps	10	8
2. trois quarts temps	15	19
3. temps plein	20	30
4. quart temps supplémentaire	5	10

Les gardiennes d'enfants à domicile qui n'ont pas accueilli d'enfants pendant deux trimestres consécutifs ne sont reprises au cadre.

§ 2. Chaque service a droit à 1/2 emploi de secrétariat lorsqu'il occupe 60 gardiennes.

§ 3. Un subside forfaitaire est octroyé pour couvrir les coûts salariaux de l'assistant social ou de l'infirmier gradué social et de l'emploi de secrétariat.

Servent respectivement de base au calcul l'échelle de traitements d'un assistant social ou l'infirmier gradué social et l'échelle de traitements d'un commis-dactylographe pour l'emploi de secrétariat, telles qu'elles sont appliquées aux agents de l'Administration de la Communauté germanophone, y compris les augmentations d'après l'ancienneté de service.

Le montant forfaitaire correspond à la moyenne du traitement brut dans les limites de la base décrite à l'alinéa précédent plus la part patronale. Cette moyenne est calculée par tranches de 5 années d'ancienneté.

En ce qui concerne les assistants sociaux ou les infirmiers gradués sociaux, les prestations dans des services de gardiennes d'enfants et dans le secteur des enfants sont prises en compte intégralement comme ancienneté de service acquise au moment de l'entrée en service tandis que les prestations dans d'autres secteurs d'activités ne le sont qu'à raison de la moitié en vue du calcul du subside.

En ce qui concerne l'emploi de secrétariat, il n'est pas tenu compte de l'ancienneté de service acquise au moment de l'entrée en service.

En cas d'absence du travailleur social, de l'infirmier gradué social ou de la personne chargée du secrétariat pour cause de maladie, d'accident ou de congé de maternité, le subside forfaitaire n'est accordé pour cette personne que pour les trente premiers jours de l'absence au plus et pour son remplaçant pour la durée totale de l'absence.

§ 4. Pour les frais de parcours d'un assistant social ou infirmier gradué social à temps plein, il est octroyé une somme forfaitaire de 1798 F par mois à l'indice-pivot de 140,77 au 01.01.1990.

L'adaptation à l'évolution de l'indice des prix à la consommation a lieu comme prévu à l'article 9, alinéa 2. En ce qui concerne les personnes occupées à temps partiel, la subsidiation est proportionnelle à la durée des prestations.

Art. 13. § 1. Pour ce qui est des frais d'encadrement, les services reçoivent un subside qui correspond à la différence entre l'indemnisation minimale décrite à l'article 9 et la participation des parents, conformément au tableau repris à l'annexe 1. Le Ministre peut adapter ce tableau.

Ce subside est calculé proportionnellement à la durée de la présence de l'enfant, une présence de moins de 5 heures par jour correspondant à une demi-journée et une présence de plus de 5 heures par jour à une journée entière.

Pour les enfants entre 3 et 7 ans, une présence de moins de trois heures par jour est considérée comme 1/3 d'une journée entière.

§ 2. Les services peuvent recevoir un subside supplémentaire de 50 % de l'indemnisation minimale décrite à l'article 9 pour l'encadrement d'enfants handicapés qui nécessitent des soins spéciaux, un encadrement plus intensif et du dévouement.

A cette fin, les services introduisent auprès du DKF une demande individuelle à laquelle est joint l'avis d'une institution spécialisée ou d'un spécialiste ou, le cas échéant, un rapport social.

Le Ministre compétent statue sur la demande après avoir demandé l'avis du DKF.

Art. 14. Pour les frais technico-administratifs, l'Exécutif octroie un subside de 30 FB par jour et par enfant, à l'indice-pivot 140,77 au 01.01.1990.

Les adaptations à l'évolution de l'indice des prix à la consommation ont lieu comme prévue à l'article 9, alinéa 2.

Pour chaque service agréé, il est octroyé un subside unique de création d'un montant de 100 000 BF.

Art. 15. Les subsides sont payés trimestriellement à terme échu sur présentation des justificatifs.

Art. 16. Les services peuvent introduire une demande d'avance récupérable sur laquelle statue le Ministre après avoir demandé l'avis du DKF.

L'avance maximale représente 80 % du subside global du trimestre précédent.

Art. 17. Les services reçoivent, pour la participation à la formation continue, un forfait annuel de 1 000 F par gardienne d'enfants à domicile.

Pour pouvoir bénéficier de ce paiement, le service doit présenter à la fin de l'année au DKF une liste de présence dont il ressort que la gardienne a pris part à la formation continue.

Les services paient ces sommes forfaitaires aux gardiennes.

Sur la base de justificatifs, le service reçoit un forfait annuel de 50 000 F maximum comme subside pour l'organisation de la formation continue visée à l'article 8.

Art. 18. Pour l'encadrement des enfants, les services demandent aux parents une participation financière conformément au tableau repris à l'annexe 1. Le Ministre peut adapter ce tableau.

Si les enfants sont confiés à des services de gardiennes d'enfants à l'intervention d'autorités, le Ministre fixe une participation spéciale.

Art. 19. Les services doivent :

1° assurer un échange permanent d'information entre les parents et le service, les parents devant recevoir en outre toutes les informations nécessaires quant au fonctionnement du service.

2° obliger les gardiennes d'enfants à domicile, si les parents l'exigent, à tenir un agenda pour chaque enfant qui leur est confié, agenda qui sera remis aux parents selon un rythme convenu et qui fait participer les parents aux tâches éducatives des gardiennes d'enfants à domicile.

CHAPITRE 5. — *Contrôle*

Art. 20. § 1^{er}. Les services subsidiés conformément au présent arrêté doivent faire parvenir trimestriellement leurs justifications de comptes au DKF.

Si nécessaire, les agents chargés de la vérification ont accès aux locaux du centre et ont le droit de contrôler sans déplacement tous les justificatifs.

§ 2. Toutes les demandes d'accueil d'un enfant sont répertoriées par le service et examinées immédiatement.

Si, pour quelque raison que ce soit, il n'est pas fait droit à une demande, le service rédige un rapport motivé qui est transmis au DKF ou au ministre compétent.

CHAPITRE 6. — *Retrait de l'agrément*

Art. 21. Si un service ne répond pas aux conditions d'agrément ou ne remplit pas ses missions, le Ministre peut retirer l'agrément par décision motivée après avoir demandé l'avis du DKF.

Aux mêmes conditions, il peut supprimer ou suspendre la subsidiation.

CHAPITRE 7. — *Dispositions abrogations et finales*

Art. 22. L'arrêté royal du 18 août 1975 fixant les conditions de l'intervention financière de l'Etat dans les frais de fonctionnement des services de gardiennes d'enfants à domicile reconnus par l'Œuvre Nationale de l'Enfance est abrogé pour la Communauté germanophone.

Art. 23. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} juillet 1990.

Eupen, le 12 juillet 1990.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président de l'Exécutif,

J. MARAITE

Le Ministre communautaire de la Jeunesse, du Sport,
de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,

M. GROSCH

Annexe 1

**A l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone
fixant les conditions d'intervention financière
dans les frais de fonctionnement des services de gardiennes d'enfants à domicile**

Participation financière des parents aux frais d'accueil des enfants
qui sont confiés aux services de gardiennes d'enfants à domicile agréés
par le Ministre communautaire compétent

1° La participation aux frais est fixée comme suit :

Revenus nets mensuels cumulés des conjoints ou des cohabitants (ou de la personne seule chargée de l'éducation de l'enfant)	Participation par jour			Revenus nets mensuels cumulés des conjoints ou des cohabitants (ou de la personne seule chargée de l'éducation de l'enfant)	Participation par jour		
	100 %	70 %	50 %		100 %	70 %	50 %
— 20 099	50	50	50	61 000 — 61 999	338	237	169
20 100 — 20 999	77	54	50	62 000 — 62 999	344	241	172
21 000 — 21 999	91	64	50	63 000 — 63 999	349	244	175
22 000 — 22 999	107	75	54	64 000 — 64 999	355	249	178
23 000 — 23 999	123	86	62	65 000 — 65 999	360	252	180
24 000 — 24 999	135	95	68	66 000 — 66 999	366	256	183
25 000 — 25 999	140	98	70	67 000 — 67 999	371	260	186
26 000 — 26 999	146	102	73	68 000 — 68 999	377	264	189
27 000 — 27 999	151	106	76	69 000 — 69 999	382	267	191
28 000 — 28 999	157	110	79	70 000 — 70 999	388	272	194
29 000 — 29 999	162	113	81	71 000 — 71 999	393	275	197
30 000 — 30 999	168	118	84	72 000 — 72 999	399	279	200
31 000 — 31 999	173	121	87	73 000 — 73 999	404	283	202
32 000 — 32 999	179	125	90	74 000 — 74 999	410	287	205
33 000 — 33 999	184	129	92	75 000 — 75 999	415	291	208
34 000 — 34 999	190	133	95	76 000 — 76 999	421	295	211
35 000 — 35 999	195	137	98	77 000 — 77 999	426	298	213
36 000 — 36 999	201	141	101	78 000 — 78 999	433	303	217
37 000 — 37 999	206	144	103	79 000 — 79 999	438	307	219
38 000 — 38 999	212	148	106	80 000 — 80 999	444	311	222
39 000 — 39 999	217	152	109	81 000 — 81 999	450	315	225
40 000 — 40 999	223	156	112	82 000 — 82 999	455	319	228
41 000 — 41 999	228	160	114	83 000 — 83 999	461	323	231
42 000 — 42 999	234	164	117	84 000 — 84 999	466	326	233
43 000 — 43 999	239	167	120	85 000 — 85 999	472	330	236
44 000 — 44 999	245	172	123	86 000 — 86 999	477	334	239
45 000 — 45 999	250	175	125	87 000 — 87 999	483	338	242
46 000 — 46 999	256	179	128	88 000 — 88 999	388	342	244
47 000 — 47 999	261	183	131	89 000 — 89 999	494	346	247
48 000 — 48 999	267	187	134	90 000 — 90 999	500	350	250
49 000 — 49 999	272	190	136	91 000 — 91 999	505	354	253
50 000 — 50 999	278	195	139	92 000 — 92 999	511	358	256
51 000 — 51 999	283	198	142	93 000 — 93 999	516	361	258
52 000 — 52 999	289	202	145	94 000 — 94 999	522	365	261
53 000 — 53 999	294	208	147	95 000 — 95 999	527	369	264
54 000 — 54 999	300	210	150	96 000 — 96 999	533	373	267
55 000 — 55 999	305	214	153	97 000 — 97 999	538	377	269
56 000 — 56 999	311	218	156	98 000 — 98 999	544	381	272
57 000 — 57 999	316	221	158	99 000 — 99 999	549	384	275
58 000 — 58 999	322	225	161	100 000 plus	555	389	278
59 000 — 59 999	327	229	164				
60 000 — 60 999	333	233	167				

La participation aux frais ne peut être en aucun cas inférieure à 50 FB par jour (minimum absolu).

La participation aux frais est fixée à 555 FB par jour, si les parents n'apportent pas la preuve de leurs revenus.

La participation aux frais est fixée à 555 FB par jour et par enfant pour l'autorité qui demande l'encadrement de l'enfant.

Explications supplémentaires.

Les revenus mensuels nets cumulés du ménage servent de base au calcul.

Lorsqu'un des parents est soumis aux dispositions du statut des travailleurs salariés, des employés, des services publics ou assimilés et l'autre aux dispositions d'un autre statut, les revenus mensuels nets du ménage correspondent alors à la somme des revenus mensuels nets des parents calculés conformément au statut qui leur est applicable.

a) de 135 à 555 FB, la participation des parents aux frais est fixée comme suit :

$$\frac{\text{revenus mensuels nets cumulés du ménage} \times 11 \%}{20 \text{ jours ouvrables}}$$

(moyenne arithmétique par tranche de 1000 FB);

de 77 à 123 FB : effet progressif de 7,5 à 10,5 % sur les revenus;

à partir de 100 000 FB de revenus mensuels nets cumulés du ménage, la participation des parents aux frais est limitée à 555 FB.

b) Les revenus mensuels nets cumulés du ménage dont il faut tenir compte pour déterminer la participation journalière aux frais sont ceux du mois de novembre 1989. Au cas où les revenus du mois de novembre 1989 seraient nuls ou non représentatifs (pour un ou pour les deux parents), il faut tenir compte des revenus perçus lors du premier mois d'accueil en 1990.

Les parents soumis aux dispositions du statut des travailleurs salariés, des employés, des services publics ou assimilés doivent faire remplir par leur employeur un formulaire qui leur est notifié par le service de gardiennes d'enfants à domicile.

Les parents soumis aux dispositions d'un autre statut doivent présenter leur dernier avertissement-extrait de rôle sur l'impôt des personnes physiques, à savoir celui de 1989 (revenus de 1988).

Si, au moment de l'inscription, les parents n'ont pas encore reçu cet avertissement-extrait de rôle, on peut se référer à l'avertissement-extrait de rôle 1988 (revenus 1987) et appliquer selon le cas une des deux formules de conversion suivantes :

$$1. \text{ Avertissement-extrait de rôle 1989 (revenus 1988)} : \frac{A}{13,66} \times 1,1042$$

A = revenus annuels nets imposables cumulés du ménage pour l'année 1988 (tels que repris sur l'avertissement-extrait de rôle 1989);

13,66 = coefficient de conversion des revenus annuels nets imposables cumulés en revenus mensuels nets cumulés;

1,1042 = coefficient d'indexation tenant compte de l'indice des prix à la consommation.

$$2. \text{ Avertissement-extrait de rôle 1988 (revenus 1987)} : \frac{A}{13,29} \times 1,1042$$

A = revenus annuels nets imposables cumulés du ménage pour l'année 1987 (tels que repris sur l'avertissement-extrait de rôle 1988);

13,29 = coefficient de conversion des revenus annuels nets imposables cumulés en revenus mensuels nets cumulés;

1,1042 = coefficient d'indexation tenant compte de l'indice des prix à la consommation.

c) Par « revenus à justifier », on entend toutes les recettes financières des conjoints ou des cohabitants ainsi que de la personne seule chargée de l'éducation de l'enfant; il s'agit entre autres :

- des revenus professionnels;
- de prestations sociales (maladie-invalidité — pensions — allocations d'accidents ou de maladies professionnelles — allocations de chômage — allocations de handicapés);
- indemnités de milice;
- allocations d'études;
- revenus garanti — minimex — intervention du C.P.A.S.

Pour déterminer les revenus de comparaison, il n'est tenu compte ni des allocations familiales (à retirer éventuellement de la rémunération si elles y sont incluses) ni de la participation des pouvoirs publics aux frais d'entretien de l'enfant placé dans une famille d'accueil (Art. 83bis du Code des impôts).

Si des pensions alimentaires sont perçues, elles sont ajoutées aux revenus de comparaison; elles sont déduites si elles sont payées. Les remboursements personnels ne peuvent être déduits.

d) Dans le cas où la participation financière des parents est adaptée pour une période déterminée en raison de la situation financière particulière de la famille, l'enquête menée par l'assistant social du service est déterminante.

Toute dérogation aux présents taux fait toutefois l'objet d'un rapport motivé. La dérogation doit être approuvée par le ministre communautaire compétent après que le DKF ait donné son avis.

e) La déclaration de revenus du ménage ou du parent seul chargé de l'éducation de l'enfant ainsi que les justificatifs doivent être conservés jusqu'à la fin de l'année en cours. Les formulaires de déclaration de revenus sont délivrés par les services de gardiennes d'enfants à domicile.

La participation aux frais fixée au 1^o couvre la totalité des frais de séjour, à l'exception des frais pour aliments de régime ou médicaments. Les établissements et services visés dans le présent texte peuvent exiger des parents une participation financière pour les vêtements et les langes.

3^o Si un enfant n'est placé que par demi-journée dans les établissements ou services visés dans le présent texte, la participation des parents aux frais s'élève à 50 % du montant dû. La participation ne peut toutefois en aucun cas être inférieure à 50 FB (minimum absolu).

Par placement par demi-journée, on entend un séjour qui ne dépasse pas 5 heures.

4^o Si deux enfants d'une même famille sont soumis simultanément au taux fixé au 1^o, la participation aux frais due par enfant est ramenée à 70 % de la participation normale pour l'accueil par journée entière ou par demi-journée;

Une absence motivée d'un des deux enfants pour une période n'excédant pas deux semaines ne porte pas préjudice à cet avantage.

L'assistant social vérifie la simultanéité d'accueil lorsque les deux enfants ne sont pas confiés ensemble au même établissement ou au même service.

L'abaissement à 70 % de la participation aux frais est également accordé pour chaque enfant d'une famille qui a trois enfants ou plus à charge.

La participation aux frais ne peut toutefois en aucun cas être inférieure à 50 BF (minimum absolu).

5° La participation des parents aux frais peut faire l'objet d'un paiement anticipé ou d'une avance.

6° En cas d'absence non motivée d'un enfant inscrit, un droit de réservation peut être exigé, qui équivaut au moins à une participation aux frais d'un montant de 50 FB. Ce droit est toutefois limité à 25 % du montant de la participation normalement due.

7° En ce qui concerne les travailleurs frontaliers dont les revenus sont indiqués en monnaie étrangère, le DKF rédige une notice explicative à l'intention du personnel directeur des milieux d'accueil.

Vu pour être annexé à l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone fixant les conditions d'intervention financière dans les frais de fonctionnement des services de gardiennes d'enfants à domicile.

Eupen, le 12 juillet 1990.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président de l'Exécutif,

J. MARAITE

Le Ministre communautaire de la Jeunesse, du Sport,
de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,

M. GROSCH

VERTALING

N 90 — 2764

12 JULI 1990. — Besluit van de Executieven van de Duitstalige Gemeenschap tot vastlegging van de voorwaarden voor de financiële tegemoetkoming in de werkingskosten van de diensten voor onthaalmoeders

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het decreet van 9 mei 1988 tot oprichting van een Fonds voor Kinderwelzijn, tot overname van sommige personeelsleden van het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn alsmede tot regeling van het herbergen van kinderen onder de zeven jaar, gewijzigd op 7 mei 1990;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, zoals het werd gewijzigd;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het opstellen van een basisregeling voor de subsidiëring van de diensten voor onthaalmoeders geen uitstel kan lijden;

Gelet op het akkoord van de Voorzitter, bevoegd inzake begroting, gegevens op 12 juli 1990;

Op voordracht van de Minister van Jeugd, Sport, Volwassenenvorming en Sociale Aangelegenheden,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — Algemene bepalingen

Artikel 1. In de zin van dit besluit worden beschouwd als « diensten voor onthaalmoeders » de diensten die door een ondergeschikte overheid, een vereniging van ondergeschikte overheden, een vereniging zonder winstoogmerk of instellingen van openbaar nut, zoals bedoeld in de wet van 27 juni 1921, georganiseerd worden om voor de plaatsing van kinderen onder de 7 jaar bij onthaalmoeders te zorgen.

Art. 2. De inrichtende machten bedoeld in artikel 1 moeten, om erkend te worden, bij de bevoegde Gemeenschapsminister, hierna « minister » genoemd, een met redenen omklede aanvraag indienen waaruit blijkt dat het noodzakelijk is een dienst voor onthaalmoeders op te richten.

Het Bestuur van de Duitstalige Gemeenschap, « Dienst für Kind und Familie », in het vervolg « DKF » genoemd, brengt op basis van de bestaande behoeften een advies uit, rekening houdend met de geografische, demografische en socio-economische gegevens.

HOOFDSTUK 2. — Erkennung en opdrachten

Art. 3. § 1. De diensten voor onthaalmoeders, hierna « diensten » genoemd, nemen de zorg voor de kinderen onder de 3 jaar over. De diensten zorgen voor het onthaal tijdens ten minste 10 uur per dag en 220 werkdagen per kalenderjaar.

Zij vervullen deze opdracht dankzij de medewerking van personen die voor de dienst werkzaam zijn, zogenoemde onthaalmoeders of onthaalvaders.

§ 2. De diensten zorgen voor het onthaal van kinderen tussen 3 en 7 jaar tijdens en buiten de schooltijd en tijdens de schoolvakantie, met inachtneming van de schoolplicht.

Het bovenvermeld onthaal mag er evenwel niet toe leiden dat kinderen onder de 3 jaar afgewezen worden; bovendien moet de voorrang toegekend aan gezinnen waarvan de kinderen onder de 3 jaar al bij de onthaalmoeders geplaatst zijn of bij hen reeds vóór hun derde levensjaar geplaatst waren.

De dienst mag de onthaalmoeders niet verplichten kinderen buiten de schooltijd te onthalen.

§ 3. De diensten kunnen in bijzondere omstandigheden en in geval van noodzakelijkheid voor het onthaal van kinderen ook gedurende de nacht, op zaterdagen, zondagen en feestdagen zorgen.

Art. 4. § 1. De diensten geven de voorrang aan kinderen :

— van wie de ouders een beroep uitoefenen;

— van wie de ouders om financiële redenen of op grond van hun levensomstandigheden voor hun kinderen niet kunnen zorgen,

— van wie de ouders het bestaansminimum genieten.

§ 2. De diensten moeten ook kinderen ontvangen die aan een lichte ziekte lijden, voor zover deze kinderen andere kinderen die de onthaalmoeder zijn toevertrouwd geen risico laten lopen. In twijfelgevallen kan de dienst voor onthaalmoeders van de ouders een medisch attest verlangen en de DKF raadplegen.

§ 3. In samenwerking met de ouders moeten de diensten zich voortdurend op de hoogte stellen van de precieze levensomstandigheden, het gedrag, de gezondheid en de voeding van het kind.

Art. 5. De diensten zorgen voor de socio-medische begeleiding van de kinderen overeenkomstig de richtlijnen vastgesteld door de DKF.

Art. 6. § 1. De erkenning van de diensten gebeurt voor een bepaald aantal onthaalmoeders.

Dit aantal wordt vastgesteld door de bevoegde Gemeenschapsminister binnen de perken van de beschikbare middelen en op grond van een advies van de DKF; het aantal is ten minste 10.

De dienst moet een met redenen omklede aanvraag indienen om het aantal onthaalmoeders te verhogen.

§ 2. De diensten moeten onthaalmoeders tewerkstellen die aan volgende voorwaarden voldoen :

1° ten minste 21 en op zijn hoogst 65 jaar oud zijn;

2° geen beroepsactiviteit uitoefenen, niet in het handelsregister ingeschreven zijn, geen werkloosheidsuitkering of vergoeding voor een loopbaanonderbreking ontvangen;

3° een voor een openbaar bestuur bestemd bewijs van goed gedrag voorleggen voor de personen boven de 18 jaar die deel uitmaken van het gezin en/of regelmatig in contact zullen zijn met de onthaalkinderen;

4° overeenkomstig de bepalingen van de door de minister belaste DKF jaarlijks het bewijs leveren dat zijzelf en alle personen beschouwd tot het gezin en/of personen die regelmatig in contact zullen zijn met de onthaalkinderen aan geen besmettelijke longziekte lijden;

5° behalve bij een behoorlijk door de arts met redenen omklede contra-indicatie, het bewijs leveren dat zijzelf, als zij het 45e levensjaar niet bereikt hebben, en de vrouwelijke leden van hun gezin of degene die dikwijls in contact zullen zijn met de onthaalkinderen en op vruchtbare leeftijd zijn tegen de rode hond geïmmuniseerd zijn;

6° het bewijs leveren dat hun eigen kinderen onder de 7 jaar de vaccinaties gekregen hebben overeenkomstig de richtlijnen van de DKF;

7° een gunstig advies gekregen hebben van de arts en de verplegers van het door de Executieve erkende of opgerichte consultatiebureau voor zuigelingen en kleine kinderen dat werkzaam is in de gemeente waar de onthaalmoeder woonachtig is en dat de moeder met de kinderen die haar zijn toevertrouwd moet opzoeken.

§ 3. Boven de voorwaarden gesteld in § 2 moeten de diensten :

1° door één van de bij hen tewerkgestelde maatschappelijke werkers of gegradueerde sociale verplegers een advies over de onthaalmoeder laten uitbrengen, waarin rekening wordt gehouden met criteria zoals de educatieve bevoegdheid, de persoonlijkheidsstructuur van de onthaalmoeder, de hygiëneomstandigheden en de ruimtelijke mogelijkheden van onthaal alsmede met de bereidwilligheid van de onthaalmoeder om met de dienst samen te werken.

2° de tekst van de contractuele betrekkingen tussen dienst en onthaalmoeder aan de DKF ter goedkeuring voorleggen;

3° de DKF onverwijld een afschrift laten toekomen van iedere overeenkomst die tussen de dienst en een onthaalmoeder ondertekend wordt, evenals van zijn wijzigingen, zijn ontbinding of opzegging;

4° slechts onthaalmoeders tewerkstellen die de toelating gekregen hebben van het college van burgemeester en schepenen van de gemeente waar zij woonachtig zijn.

§ 4. De bevrijding van een onthaalmoeder uit de contractuele betrekkingen met de dienst behoeft een advies van de DKF.

§ 5. De diensten moeten ervoor zorgen :

1° dat maximaal 3 kinderen onder de 3 jaar tegelijk bij éénzelfde onthaalmoeder geplaatst worden, waarbij de dienst wel uitzonderingen mag toelaten, zodat maximaal 5 kinderen onder de 3 jaar tegelijk worden ondergebracht, waarbij de eigen kinderen van de onthaalmoeder die de betrokken leeftijd hebben in de maximale onthaalcapaciteit zijn begrepen.

2° dat een onthaalmoeder niet meer dan omgerekend 75 dagen per maand kinderen mag ontvangen en dat uitzonderingen slechts met gunstig advies van de DKF toegelaten worden.

Art. 7. De diensten moeten :

1° voor de psycho-sociale begeleiding van de onthaalmoeders zorgen;

2° voor de continuïteit van het onthaal zorgen bij tijdelijke afwezigheid van een onthaalmoeder;

3° voor een voortdurende psycho-sociale begeleiding van de geplaatste kinderen zorgen wat hun ontplooiing, opvoeding en gezondheid betreft;

4° over een secretariaat beschikken dat in staat is de aanvragen in ontvangst te nemen en er onverwijld gevolg aan te geven;

5° de uitrusting ter beschikking stellen die voor het onthaal van kleine kinderen noodzakelijk is;

6° ten gunste van de onthaalmoeders een wettelijke aansprakelijkheidsverzekering afsluiten.

Art. 8. De diensten moeten voor een opleiding van de onthaalmoeders zorgen. Elke onthaalmoeder moet gedurende 15 uren per jaar aan een voortdurende vorming deelnemen. Bij deze voortdurende vorming gaat het zowel over onderwerpen als de hygiëneopvoeding dan over psychologie en de algemene opvoeding van het kind.

De onderwerpen van de verhandelingen moeten door de DKF gecontroleerd en goedgekeurd worden, ten dien einde legt de dienst, vóór het begin van elk semester, een programma voor met de in het vooruitzicht gestelde activiteiten op het gebied van de voortdurende vorming.

Art. 9. De diensten kennen de onthaalmoeders een vergoeding toe die ten minste 450 FB, spilindex 140,77 op 01.01.1990, belooft.

Wanneer de gemiddelde waarde van het indexcijfer der consumptieprijzen voor de laatste 4 maanden de spilindex overschrijdt, worden de bedragen de maand daarna aangepast.

HOOFDSTUK 3. — *Personeel*

Art. 10. De diensten moeten ten minste over een gegradueerde sociale verple(e)g(st)er of gegradueerde maatschappelijk werk(st)er beschikken die hoofdzakelijk belast zijn met de supervisie en de opleiding van de onthaalmoeders.

HOOFDSTUK 4. — *Subsidiëring*

Art. 11. Binnen de perken van de beschikbare middelen verleent de Executieve subsidies voor de personeelskosten, plaatsingskosten, technisch-administratieve kosten en kosten voortvloeiend uit de voortdurende vorming.

Art. 12. § 1. De personeelskosten voor de maatschappelijk werker of de gegradueerde sociale verpleger worden gesubsidieerd naargelang het erkende aantal onthaalmoeders, overeenkomstig volgende tabel :

Uurrooster	Minimumaantal	
	onthaalmoeders	geplaatste kinderen onder de 3 jaren
1. deeltijdse betrekking (1/2)	10	8
2. deeltijdse betrekking (3/4)	15	19
3. Voltijdse betrekking	20	30
4. bijkomende deeltijdbetrekking (1/4)	5	10

De onthaalmoeders bij wie tijdens twee opeenvolgende trimesters geen kind geplaatst werd, komen niet meer in aanmerking in de personeelsformatie.

§ 2. Elke dienst heeft recht op 1/2 betrekking voor het secretariaatswerk, wanneer hij 80 onthaalmoeders tewerkstelt.

§ 3. Een forfaitaire subsidie wordt toegekend om de loonkosten van de maatschappelijk werker of gegradueerde sociale verpleger en van de persoon belast met het secretariaatswerk te dekken.

Als basis voor de berekening dienen voor de maatschappelijke werkers of gegradueerde sociale verplegers de weddenschaal van een maatschappelijk werker en voor de persoon belast met het secretariaatswerk de weddenschaal van een klerk-typist zoals ze toepasselijk zijn op de bedienden van het Bestuur van de Duitstalige Gemeenschap, met inbegrip van de verhogingen volgens de dienstanciënniteit.

Het forfaitaire bedrag stemt overeen met het gemiddelde van het brutoloon binnen de perken van de basis bedoeld in vorig lid plus de werkgeversbijdrage. Dit gemiddelde wordt berekend over perioden van vijf jaar dienstanciënniteit.

Om de subsidie te berekenen wordt, voor maatschappelijke werkers of gegradueerde sociale verplegers, als dienstanciënniteit bij de indiensttreding het geheel van de prestaties in rekening gebracht die bij diensten voor onthaalmoeders en op het gebied van het kinderwelzijn geleverd werden terwijl bij andere werkzaamheden geleverde prestaties slechts voor de helft in aanmerking komen.

Voor de persoon belast met het secretariaatswerk wordt de dienstanciënniteit bij de indiensttreding niet in aanmerking genomen.

Bij afwezigheid van de maatschappelijk werker, de gegradueerde sociale verpleger of de persoon belast met het secretariaatswerk wegens ziekte, ongeval of zwangerschapsverlof wordt de forfaitaire subsidie voor deze persoon ten hoogste gedurende de eerste dertig afwezigheidsdagen toegekend en voor de plaatsvervanger tijdens de hele duur van de afwezigheid.

§ 4. Voor de reiskosten van een maatschappelijk werker of gegradueerde sociale verpleger met een voltijdse betrekking wordt een forfaitair bedrag van 1 798 F per maand, splindex 140,77 op 01.01.1990, toegekend.

De aanpassing volgens de ontwikkeling van het indexcijfer der consumentenprijzen gebeurt overeenkomstig artikel 9, lid 2.

Voor de personen met een deeltijdse betrekking gebeurt de subsidiëring evenredig met de duur van de prestaties.

Art. 13. § 1. Voor de plaatsingskosten bekomen de diensten een subsidie die gelijk is aan het verschil tussen de minimale vergoeding bedoeld in artikel 9 en de eigen bijdrage van de ouders, overeenkomstig de tabel van bijlage 1. De minister kan deze tabel aanpassen.

Deze subsidie wordt evenredig met de aanwezigheidsduur van het kind berekend, waarbij een aanwezigheid van minder dan 5 uur per dag voor een half-time aanwezigheid en een aanwezigheid van meer dan 5 uur per dag voor een voltijdse aanwezigheid geldt.

Voor kinderen tussen 3 en 7 jaar wordt een aanwezigheid van minder dan 3 uur per dag als 1/3 van een voltijdse aanwezigheid beschouwd.

§ 2. De diensten kunnen een bijkomende subsidie ten belope van 50 % van de minimale vergoeding bedoeld in artikel 9 verkrijgen voor het onthaal van gehandicapte kinderen die een bijzondere verzorging, een intensiever toezicht en aandacht behoeven.

Met dat doel dienen de diensten bij de DKF een individuele aanvraag in die vergezeld gaat van een advies van een gespecialiseerde instelling of van een specialist of, zo nodig, van een sociaal bericht.

De bevoegde minister beslist over de aanvragen nadat hij het advies van de DKF heeft ingewonnen.

Art. 14. Voor technisch-administratieve kosten verleent de Executieve een subsidie van 30 BF per dag en per kind, splindex 140,77 op 01.01.1990.

De aanpassingen volgens de ontwikkeling van het indexcijfer der consumentenprijzen gebeuren overeenkomstig artikel 9, lid 2.

Voor elke erkende dienst wordt een unieke oprichtingssubsidie van 100 000 BF toegekend.

Art. 15. De subsidies worden per kwartaal na afloop van die termijn tegen afgifte van de bewijsstukken uitbetaald.

Art. 16. De diensten kunnen een verzoek om terugbetaalbaar voorschot indienen waarover de minister beslist nadat hij het advies van de DKF heeft ingewonnen.

Het maximaal voorschot bedraagt 80 % van de totale subsidie van het vorige kwartaal.

Art. 17. Voor de deelneming aan de voortdurende vorming verkrijgen de diensten jaarlijks een forfaitair bedrag van 1 000 BF per onthaalmoeder.

Om dit bedrag te verkrijgen moet de dienst op het einde van het jaar aan de DKF een aanwezigheidslijst voorleggen, waaruit blijkt dat de onthaalmoeder aan de voortdurende vorming heeft deelgenomen.

De diensten betalen deze forfaitaire bedragen aan de onthaalmoeders uit.

Tegen de afgifte van bewijsstukken krijgt de dienst jaarlijks een forfaitair bedrag van maximum 50 000 BF als subsidie voor de organisatie van de voortdurende vorming bepaald in artikel 8.

Art. 18. Voor het onthaal van het kind eisen de diensten een financiële bijdrage van de ouders overeenkomstig de tabel van bijlage 1. De minister kan deze tabel aanpassen.

Indien de kinderen op verzoek van overheden bij onthaalmoeders worden overgebracht legt de bevoegde minister een bijzondere bijdrage vast.

Art. 19. De diensten moeten :

1° voor een voortdurende informatieuitwisseling tussen de ouders en de dienst zorgen, waarbij de ouders bovendien alle noodzakelijke inlichtingen moeten verkrijgen wat de werking van de dienst betreft.

2° de onthaalmoeder verplichten, indien de ouders het verlangen, voor elk van de bij haar geplaatste kinderen een agenda bij te houden dat aan de ouders volgens een overeengekomen ritme wordt voorgelegd en ze doet deelnemen aan de opvoedingstaken van de onthaalmoeders.

HOOFDSTUK 5. — *Controle*

Art. 20. § 1. Elk kwartaal moeten de diensten die krachtens dit besluit gesubsidieerd worden de DKF de verantwoording van hun boekhouding laten toekomen.

Indien het noodzakelijk is, hebben de ambtenaren aan wie de controle is opgedragen toegang tot de lokalen van het centrum en hebben ze het recht alle bewijsstukken ter plaatse te controleren.

§ 2. Alle aanvragen om plaatsing van kinderen worden door de dienst in een lijst opgenomen en onmiddellijk behandeld.

Wanneer een aanvraag om welke redenen dan ook niet ingewilligd wordt, stelt de dienst een met redenen omkleed bericht op, dat hij aan de DKF of aan de bevoegde minister laat toekomen.

HOOFDSTUK 6. — *Intrekking van de erkenning*

Art. 21. Wanneer een dienst aan de erkenningsvoorwaarden niet voldoet of de opdrachten niet vervult, kan de minister de erkenning door een met redenen omklede beslissing intrekken nadat hij het advies van de DKF heeft ingewonnen.

Onder dezelfde voorwaarden kan hij de subsidiëring stoppen of schorsen.

HOOFDSTUK 7. — *Opheffings- en slotbepalingen*

Art. 22. Het koninklijk besluit van 18 augustus 1975 houdende vaststelling van de voorwaarden van de financiële bijdrage van het Rijk in de werkingskosten van de diensten voor onthaalmoeders, erkend door het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn, is opgeheven voor de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 23. Dit besluit treedt in werking op 1 juli 1990.

Eupen, 12 juli 1990.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap :

De Voorzitter van de Executieve,

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Jeugd, Sport, Volwassenvorming en Sociale Aangelegenheden,

M. GROSCH

Bijlage 1

Tot het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap tot vastlegging van de voorwaarden voor de financiële tegemoetkoming in de werkingskosten van de diensten voor onthaalmoeders

Financiële bijdrage van de ouders in de onthaalkosten van de kinderen toevertrouwd aan de diensten voor onthaalmoeders die door de bevoegde Gemeenschapsminister erkend zijn

1. De bijdrage in de kosten is vastgelegd als volgt :

Gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van de echtgenoten of van de samenwonende partners (of van de alleenstaande opvoeder)	Bijdrage per dag			Gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van de echtgenoten of van de samenwonende partners (of van de alleenstaande opvoeder)	Bijdrage per dag		
	100 %	70 %	50 %		100 %	70 %	50 %
— 20 099	50	50	50	25 000 — 25 999	140	98	70
20 100 — 20 999	77	54	50	26 000 — 26 999	146	102	73
21 000 — 21 999	91	64	50	27 000 — 27 999	151	106	76
22 000 — 22 999	107	75	54	28 000 — 28 999	157	110	79
23 000 — 23 999	123	86	62	29 000 — 29 999	162	113	81
24 000 — 24 999	135	95	68	30 000 — 30 999	168	118	84

Gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van de echtgenoten of van de samenwonende partners (of van de alleenstaande opvoeder)	Bijdrage per dag			Gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van de echtgenoten of van de samenwonende partners (of van de alleenstaande opvoeder)	Bijdrage per dag		
	100 %	70 %	50 %		100 %	70 %	50 %
31 000 — 31 999	173	121	87	66 000 — 66 999	366	256	183
32 000 — 32 999	179	125	90	67 000 — 67 999	371	260	186
33 000 — 33 999	184	129	92	68 000 — 68 999	377	264	189
34 000 — 34 999	190	133	95	69 000 — 69 999	382	267	191
35 000 — 35 999	195	137	98	70 000 — 70 999	388	272	194
36 000 — 36 999	201	141	101	71 000 — 71 999	393	275	197
37 000 — 37 999	206	144	103	72 000 — 72 999	399	279	200
38 000 — 38 999	212	148	106	73 000 — 73 999	404	283	202
39 000 — 39 999	217	152	109	74 000 — 74 999	410	287	205
40 000 — 40 999	223	156	112	75 000 — 75 999	415	291	208
41 000 — 41 999	228	160	114	76 000 — 76 999	421	295	211
42 000 — 42 999	234	164	117	77 000 — 77 999	426	298	213
43 000 — 43 999	239	167	120	78 000 — 78 999	433	303	217
44 000 — 44 999	245	172	123	79 000 — 79 999	438	307	219
45 000 — 45 999	250	175	125	80 000 — 80 999	444	311	222
46 000 — 46 999	256	179	128	81 000 — 81 999	450	315	225
47 000 — 47 999	261	183	131	82 000 — 82 999	455	319	228
48 000 — 48 999	267	187	134	83 000 — 83 999	461	323	231
49 000 — 49 999	272	190	136	84 000 — 84 999	466	326	233
50 000 — 50 999	278	195	139	85 000 — 85 999	472	330	236
51 000 — 51 999	283	198	142	86 000 — 86 999	477	334	239
52 000 — 52 999	289	202	145	87 000 — 87 999	483	338	242
53 000 — 53 999	294	206	147	88 000 — 88 999	488	342	244
54 000 — 54 999	300	210	150	89 000 — 89 999	494	346	247
55 000 — 55 999	305	214	153	90 000 — 90 999	500	350	250
56 000 — 56 999	311	218	156	91 000 — 91 999	505	354	253
57 000 — 57 999	316	221	158	92 000 — 92 999	511	358	256
58 000 — 58 999	322	225	161	93 000 — 93 999	516	361	258
59 000 — 59 999	327	229	164	94 000 — 94 999	522	365	261
60 000 — 60 999	333	233	167	95 000 — 95 999	527	369	264
61 000 — 61 999	338	237	169	96 000 — 96 999	533	373	267
62 000 — 62 999	344	241	172	97 000 — 97 999	538	377	269
63 000 — 63 999	349	244	175	98 000 — 98 999	544	381	272
64 000 — 64 999	355	249	178	99 000 — 99 999	549	384	275
65 000 — 65 999	360	252	180	100 000 en meer	555	389	278

De bijdrage in de kosten mag in geen geval onder 50 BF per dag (absoluut minimumbedrag) liggen.

De bijdrage in de kosten wordt op 555 BF per dag vastgelegd wanneer de ouders geen inkomstenbewijs leveren.

Voor de overheid die om een plaatsing vraagt wordt de bijdrage in de kosten op 555 BF per dag en per kind vastgelegd.

Aanvullende inlichtingen :

Als basis voor de berekening dienen de gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van het gezin. Wanneer één van de ouders aan de bepalingen van het statuut van werknemers of van bedienden of van het statuut van openbare of gelijkgestelde diensten onderworpen is en de andere aan de bepalingen van een ander statuut, dan komen de maandelijkse netto-inkomsten van het gezin overeen met de som van de maandelijkse netto-inkomsten van de ouders berekend overeenkomstig het statuut dat op hen toepasselijk is.

a) van 135 BF tot 555 BF wordt de bijdrage van de ouders in de kosten vastgelegd als volgt :

gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van het gezin \times 11 % 20 werkdagen

(aritmetische doorsnede per schijf van 1 000 BF)

van 77 BF tot 123 BF : progressieve uitwerking van 7,5 % — 10,5 % op de inkomsten; vanaf 100 000 BF gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten voor het gezin is de bijdrage van de ouders in de kosten tot 555 BF begrensd.

b) de gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten van het gezin die in aanmerking komen voor de berekening van de dagelijkse bijdrage in de kosten zijn die van november 1989. Indien de inkomsten van november 1989 nihil of niet representatief zijn (voor één of beide ouders) moeten de inkomsten van de eerste maand van het onthaal in 1990 in aanmerking worden genomen.

De ouders onderworpen aan de bepalingen van het statuut van werknemers of van bedienden of van het statuut van openbare of gelijkgestelde diensten moeten door hun werkgever een formulier laten invullen dat hun door de dienst voor onthaalmoeders wordt berekend.

De ouders onderworpen aan de bepalingen van een ander statuut moeten het laatste aanslagbiljet betreffende de belasting van de natuurlijke personen n.l. dat van 1989 (inkomsten van het jaar 1988) voorleggen.

Wanneer de ouders dit aanslagbiljet op het ogenblik van de inschrijving nog niet hebben gekregen kan men zich beroepen op het aanslagbiljet van 1988 (inkomsten van het jaar 1987) en naargelang het geval één van beide volgende omrekeningsformules toepassen :

$$1. \text{ Aanslagbiljet van 1989 (inkomsten van het jaar 1988)} : \frac{A}{13,66} \times 1,1042$$

A = gecumuleerde belastbare jaarlijkse netto-inkomsten van het gezin in 1988 (zoals aangegeven op het aanslagbiljet van 1989);

13,66 = Coëfficiënt voor de omrekening van de gecumuleerde belastbare jaarlijkse netto-inkomsten in gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten;

1,1042 = Indexcoëfficiënt rekening houdend met het indexcijfer der consumentenprijzen.

$$2. \text{ Aanslagbiljet van 1988 (inkomsten van het jaar 1987)} : \frac{A}{13,29} \times 1,1042$$

A = gecumuleerde belastbare jaarlijkse netto-inkomsten van het gezin in 1987 (zoals aangegeven op het aanslagbiljet van 1988);

13,29 = Coëfficiënt voor de omrekening van de gecumuleerde belastbare jaarlijkse netto-inkomsten in gecumuleerde maandelijkse netto-inkomsten;

1,1042 = Indexcoëfficiënt rekening houdend met het indexcijfer der consumentenprijzen.

c) Onder « te bewijzen inkomsten » verstaat men alle financiële ontvangsten van de echtgenoten of van de samenwonende partners of van de alleenstaande opvoeder; het gaat onder meer om :

- de beroepsinkomsten;
- sociale uitkeringen (ziekte — invaliditeit — pensioenen — toelagen voor ongevallen en beroepsziekten — werkloosheidsuitkering — tegemoetkomingen aan gehandicapten);
- militievergoedingen;
- studietoelagen;
- gewaarborgd inkomen — bestaansminimum — tussenkomst van het OCMW.

Om de vergelijkingsinkomsten vast te leggen wordt er geen rekening gehouden noch met de kinderbijslag noch met de tussenkomst van de openbare overheden in de onderhoudskosten van een kind geplaatst in een onthaalgezin (art. 83bis van het Wetboek over de belastingen).

Wordt onderhoudsgeld verkregen, dan wordt het aan de vergelijkingsinkomsten toegevoegd; wordt onderhoudsgeld betaald, dan wordt het afgerekend. De persoonlijke terugbetalingen mogen niet afgerekend worden.

d) Als de financiële bijdrage van de ouders wegens een bijzondere financiële toestand van het gezin voor een bepaalde periode wordt aangepast, dan is het onderzoek dat de maatschappelijk werker heeft uitgevoerd beslissend.

Elke afwijking van deze tarieven is onderworpen aan een met redenen omkleed schriftelijk verslag. De afwijking moet door de bevoegde Gemeenschapsminister goedgekeurd worden nadat hij het advies van de DKF heeft ingewonnen.

e) De inkomstenverklaring van het gezin of van de alleenopvoedende ouder en de inkomstenbewijzen moeten tot het einde van het lopende jaar worden bewaard. De formulieren voor het opmaken van de inkomstenverklaring worden uitgereikt door de dienst voor onthaalmoeders.

2. De in punt 1 vastgelegde bijdrage in de kosten dekt alle verblijfkosten met uitzondering van de kosten voor dieetvoeding en geneesmiddelen.

De inrichtingen en diensten bedoeld in deze tekst kunnen van de ouders een financiële bijdrage voor kleren en luiers verlangen.

3. Als het kind slechts voor halve dagen bij de inrichtingen en diensten bedoeld in deze tekst is ondergebracht behoort de bijdrage van de ouders in de kosten 50 % van het verschuldigd bedrag.

De bijdrage in de kosten mag echter in geen geval onder 50 BF (absoluut minimumbedrag) liggen.

Onder een plaatsing voor halve dagen wordt een verblijf verstaan dat 5 uur niet overschrijdt.

4. Wanneer twee kinderen van een gezin tegelijk onderhevig zijn aan het tarief vastgelegd in punt 1, dan wordt de per kind verschuldigde bijdrage in de kosten tot 70 % van de normale plaatsingsbijdrage voor hele of halve dagen gereduceerd.

Een met redenen omklede afwezigheid van één van beide kinderen gedurende een periode van niet meer dan twee weken doet geen afbreuk aan dit voordeel.

De maatschappelijk werker verifieert de gelijktijdigheid van de plaatsing wanneer beide kinderen niet samen aan eenzelfde instelling of een zelfde dienst toevertrouwd zijn.

De reductie van de bijdrage in de kosten tot 70 % wordt ook toegekend voor elk kind van een gezin dat drie kinderen of meer ten laste heeft.

De bijdrage in de kosten mag echter in geen geval onder 50 BF (absoluut minimumbedrag) liggen.

5. De bijdrage van de ouders in de kosten kan het voorwerp zijn van een vooruitbetaling of voorschot.

6. In geval van ongemotiveerde afwezigheid van een ingeschreven kind kan een boekingsgeld verlangd worden dat ten minste gelijk is aan de bijdrage in de onkosten van 50 BF. Dit boekingsgeld is echter beperkt tot 25 % van het bedrag van de bijdrage die normaal verschuldigd is.

7. Wat de grensarbeiders betreft, van wie de inkomsten in een buitenlandse munteenheid aangegeven wordt, stelt de DKF een toelichting op voor het leidend personeel van de ontvangstmilieus.

Gezien om bijgevoegd te worden aan het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap tot vastlegging van de voorwaarden voor de financiële tegemoetkoming in de werkingskosten van de diensten voor onthaalmoeders.

Eupen, 12 juli 1990.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap :

De Voorzitter van de Executieve,

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Jeugd, Sport Volwassenenvorming en Sociale Aangelegenheden,

M. GROSCH